

**Juni 2022**

---

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im  
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



# ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Wichtigste Probleme: Ukraine-Krieg, Inflation, Klimawandel .....	2
Arbeit der Bundesregierung: Kritik an Ampel auf Höchststand.....	3
Politikerzufriedenheit: Habeck und Baerbock bleiben vorn .....	4
Sonntagsfrage: Union vergrößert Vorsprung, SPD und Grüne gleichauf.....	5
Militär-Hilfen für die Ukraine: Meinungen gehen auseinander .....	7
Unterstützung vor allem für weitere Sanktionen und diplomatische Anstrengungen .....	8
Inflation: jeder Zweite schränkt sich im Alltag ein.....	9
Großes Interesse am 9-Euro-Ticket .....	11
ÖPNV: Kritik vor allem an den Preisen.....	12
Studieninformation.....	13

## Zusammenfassung

Deutschland erlebt derzeit eine Kumulation unterschiedlicher Herausforderungen und Krisen, die auch die Wahrnehmung der Bundesbürger prägen. Bei der Frage nach den beiden wichtigsten Problemen, um die sich die deutsche Politik vornehmlich kümmern sollte, entfallen die meisten Nennungen auf den Ukraine-Krieg, die Inflation und den Klimawandel. Die Ampel-Koalition tut sich in diesem Krisenkontext alles andere als leicht. Die Kritik am Regierungshandeln des Drei-Parteien-Bündnisses fällt so groß aus wie nie zuvor seit Amtsantritt. In den Reihen der Koalitionsparteien stellen die Anhänger von SPD und Grünen der Ampel zwar ein gutes Zeugnis aus, bei den FDP-Anhängern überwiegt dagegen das Unbehagen. Deutliche Kritik üben die Wähler der Union, vor allem aber der AfD. Überdurchschnittlich ist die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung ferner in Haushalten mit geringerem Einkommen sowie im Osten Deutschlands. Positiv heraus ragen aus dem Berliner Kabinett aus Sicht der Deutschen weiterhin Außenministerin Baerbock und Wirtschaftsminister Habeck von den Grünen, die mit einem Zuspruch von jeweils 60 Prozent neue Bestwerte erzielen. SPD-Kanzler Olaf Scholz und FDP-Finanzminister Christian Lindner überzeugen jeweils vier von zehn. Schwerer tut sich weiterhin Friedrich Merz, zu dessen Person sich gut jeder Dritte zufrieden äußert.

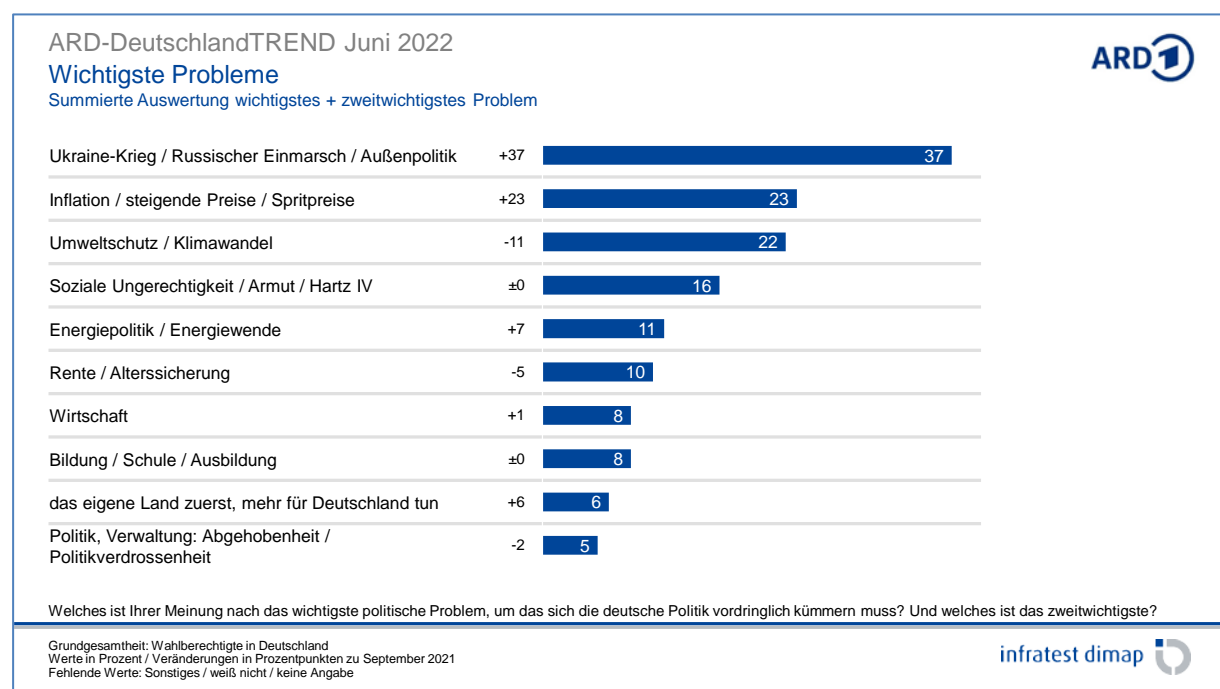
Trotz der weiterhin mäßigen Bewertung des Unions-Fraktionsvorsitzenden vergrößert die CDU/CSU in der bundespolitischen Stimmung ihren Vorsprung. Die Unionsparteien verbessern sich in der Sonntagsfrage zu Ende April auf 27 Prozent (+1), ein Wählerrückhalt, den sie zuletzt im Februar erreichten. Die SPD gibt 3 Punkte ab und liegt im ARD-DeutschlandTREND wie zuletzt im August vergangenen Jahres bei 21 Prozent. Die Grünen verbessern sich im gleichen Umfang und hätten ebenso 21 Prozent in Aussicht, der höchste Wert für sie seit Juni 2021. Die AfD käme weiterhin auf 11 Prozent. Die FDP fällt dagegen mit 8 Prozent (-1) auf ihren niedrigsten Wert seit März letzten Jahres. Die Linke ist mit 4 Prozent etwas stärker als im Vormonat (+1), bliebe aber unter der Mandatsschwelle.

Die Kämpfe in der Ukraine dauern seit nunmehr gut drei Monaten an. Der Druck auf die Bundesregierung aus dem Ausland, aber auch aus Teilen der deutschen Politik und Öffentlichkeit ist groß, angesichts fortlaufender Kampfhandlungen insbesondere bei Waffenlieferungen mehr zu tun als bislang. In der Bevölkerung gehen die Meinungen zur Ukraine-Politik allerdings weit auseinander. Rund vier von zehn halten die derzeitige Unterstützung der Ukraine mit Waffen durch Deutschland für angemessen, knapp drei von zehn fordern hier mehr Unterstützung, einem Viertel der Wahlberechtigten gehen die Waffen-Hilfen aber bereits zu weit. Die Hälfte ist der Ansicht, bei der militärischen Unterstützung der Ukraine sollte die Bundesregierung möglichst entschlossen agieren und Härte gegenüber Russland zeigen. 43 Prozent vertreten stattdessen die Meinung, Deutschland sollte eher zurückhaltend sein, um Russland nicht zu provozieren. Neben Differenzen zwischen den Anhängerschaften bestehen massive Unterschiede zwischen West und Ost. Bei Entscheidungen über militärische Hilfen an die Ukraine hält zwar etwas mehr als die Hälfte der Westdeutschen Härte gegenüber Russland für angebracht, im Osten ist es jedoch lediglich ein gutes Drittel.

Neben dem Ukraine-Krieg und dem Klimawandel zählen die Deutschen die Preisentwicklung zu den aktuell größten Herausforderungen für die Bundespolitik. Fast die Hälfte der Deutschen gibt an, sich wegen der Preisentwicklung mittlerweile im Alltag sehr stark oder stark einzuschränken zu müssen, darunter vor allem Personen aus Haushalten mit geringerem Einkommen sowie überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger aus Ostdeutschland. Entsprechend groß ist die bundesweite Unterstützung für aktuelle Entlastungsmaßnahmen. Jeweils sechs von zehn unterstützen die geplante Energiepreis-Pauschale für Erwerbstätige, die befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe sowie die dreimonatige Einführung eines 9-Euro-Tickets für den Nah- und Regionalverkehr. Das Interesse am 9-Euro-Ticket ist groß. Ein gutes Viertel der Bundesbürger will das Ticket auf jeden Fall nutzen, ein Fünftel wahrscheinlich, darunter überdurchschnittlich viele Jüngere sowie Großstädter. Den ÖPNV preislich attraktiver zu machen, könnte dem Nahverkehr in Deutschland auch langfristig Nutzer zuführen. So sorgt der ÖPNV insbesondere mit seinen Preisen für Kritik.

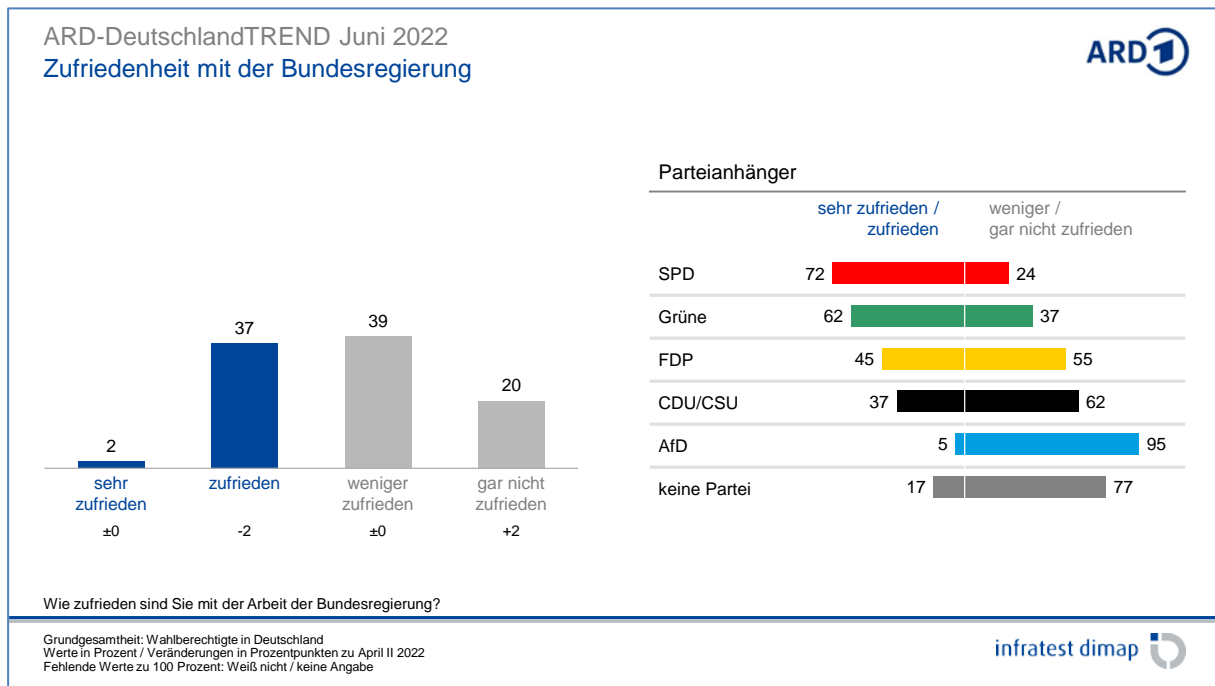
## Wichtigste Probleme: Ukraine-Krieg, Inflation, Klimawandel

Deutschland erlebt derzeit eine Kumulation unterschiedlicher Krisen, der sich auch die Bundesbürger bewusst sind. Bei der Frage nach den beiden wichtigsten Problemen, um die sich die deutsche Politik vornehmlich kümmern sollte, entfallen aktuell 37 Prozent auf den Ukraine-Krieg, 23 Prozent auf die Inflation, 22 Prozent auf den Klimawandel. Damit unterscheidet sich die Problem-Agenda der Bundesbürger deutlich von der des vergangenen Jahres. Vor der Bundestagswahl hatte ein Drittel (33 Prozent) den Klima-Wandel als wichtigste Herausforderung der Politik benannt, gefolgt von Aspekten der Zuwanderung (22 Prozent) sowie der Corona-Pandemie (18 Prozent). An vierter Stelle steht damals wie heute die soziale Ungerechtigkeit (16 Prozent; +/-0).



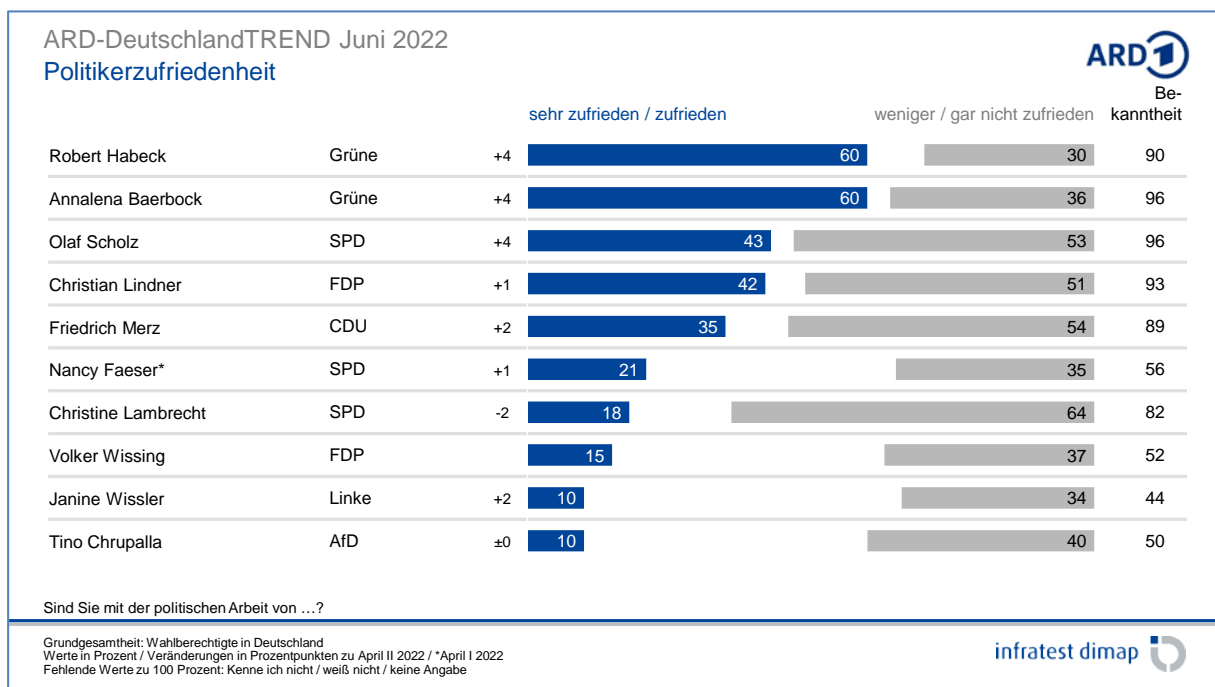
## Arbeit der Bundesregierung: Kritik an Ampel auf Höchststand

Die Ampel-Koalition tut sich angesichts der aktuellen Herausforderungen und Krisen alles andere als leicht. In der Bevölkerung fällt die Kritik am Regierungshandeln des Drei-Parteien-Bündnisses so groß aus wie nie zuvor seit dem Amtsantritt im Dezember: 39 Prozent (-2) äußern sich zufrieden, 59 Prozent (+2) unzufrieden. In den Reihen der Koalitionsparteien stellen die Anhänger von SPD (72 Prozent) und Grünen (62 Prozent) der Ampel zwar weiterhin ein gutes Zeugnis aus, bei den FDP-Anhängern überwiegt dagegen das Unbehagen (45:55 Prozent). Deutliche Kritik am Berliner Regierungskurs üben die Wähler der Union (37:62 Prozent), vor allem aber der AfD (5:95 Prozent) sowie Wahlberechtigte, die derzeit keiner Partei zuneigen (17:77 Prozent). Überdurchschnittlich groß ist die Unzufriedenheit mit der SPD-geführten Bundesregierung ferner bei Personen aus Haushalten mit geringerem Einkommen (29:70 Prozent) sowie generell im Osten Deutschlands (29:69 Prozent).



## Politikerzufriedenheit: Habeck und Baerbock bleiben vorn

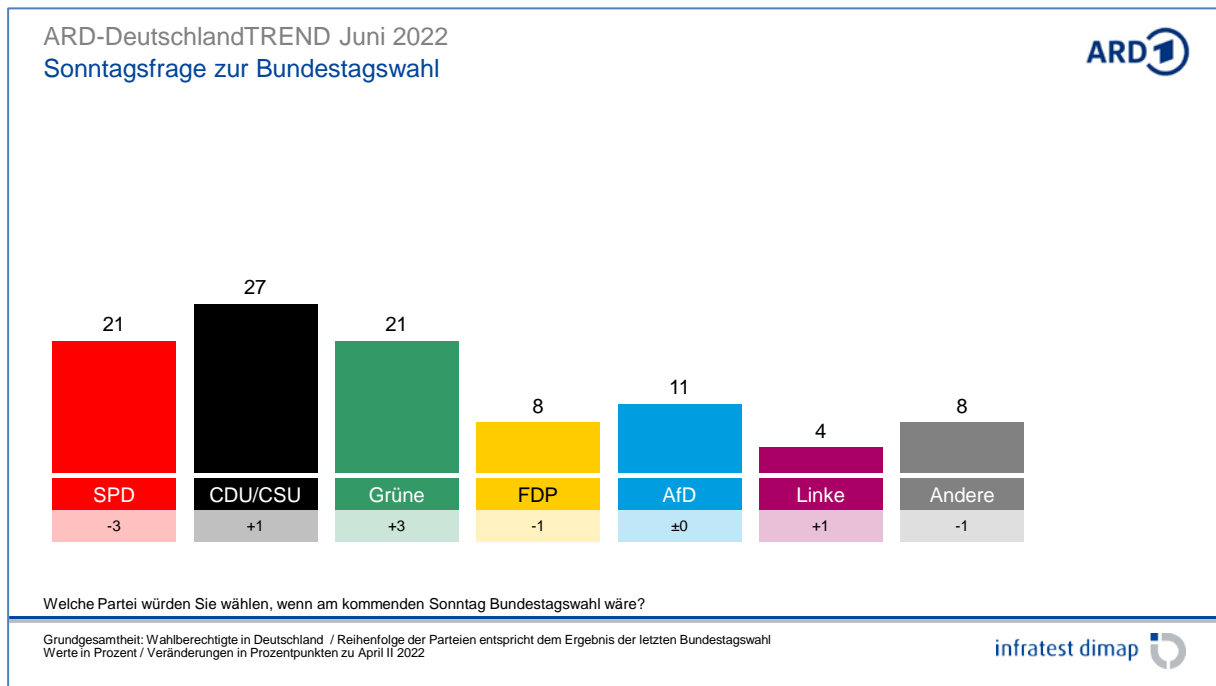
Positiv heraus ragen aus dem Berliner Kabinett aus Sicht der Deutschen weiterhin Bundesaußenministerin Baerbock und Bundeswirtschaftsminister Habeck von den Grünen, die mit einem Zuspruch von jeweils 60 Prozent (jeweils +4) neue persönliche Bestwerte erzielen. SPD-Kanzler Olaf Scholz (43 Prozent, +4) und FDP-Finanzminister Christian Lindner (42 Prozent, +1) überzeugen jeweils vier von zehn. Im Vergleich zu den Koalitionsspitzen tut sich Unions-Oppositionsführer Friedrich Merz im Bevölkerungsurteil weiterhin schwerer. Zu seiner Person äußert sich kaum verändert gut jeder Dritte (35 Prozent; +2) zufrieden.



Auf den weiteren Plätzen folgen im Juni SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser (21 Prozent; +1) sowie SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (18 Prozent; -2). Auf den letzten Plätzen im Bevölkerungsurteil landen FDP-Verkehrsminister Volker Wissing mit einem Zuspruch von 15 Prozent, der AfD-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla (+/-0) sowie die verbliebene Linken-Vorsitzende Janine Wissler (+2) mit jeweils 10 Prozent.

## Sonntagsfrage: Union vergrößert Vorsprung, SPD und Grüne gleichauf

Trotz der weiterhin nur mäßigen Bewertung des Unions-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz liegt die CDU/CSU in der bundespolitischen Stimmung vorn und vergrößert ihren Vorsprung. Die Unionsparteien verbessern sich in der Sonntagsfrage gegenüber Ende April um 1 Punkt auf 27 Prozent, ein Wählerückhalt, den sie zuletzt im Februar erzielten. Die SPD gibt 3 Punkte ab und liegt im ARD-DeutschlandTREND wie zuletzt im August vergangenen Jahres bei 21 Prozent. Die Grünen verbessern sich im gleichen Umfang und hätten ebenfalls 21 Prozent in Aussicht, der höchste Wert für die Grünen im ARD-DeutschlandTREND seit Juni 2021. Die AfD käme weiterhin auf 11 Prozent. Die FDP fällt dagegen mit 8 Prozent (-1) auf ihren niedrigsten Wert im ARD-DeutschlandTREND seit März letzten Jahres. Die Linke läge mit 4 Prozent etwas besser als Ende April (+1), bliebe aber weiterhin unter der Mandatsschwelle. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent (-1).

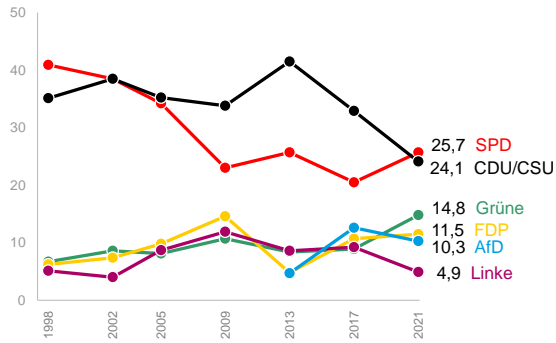




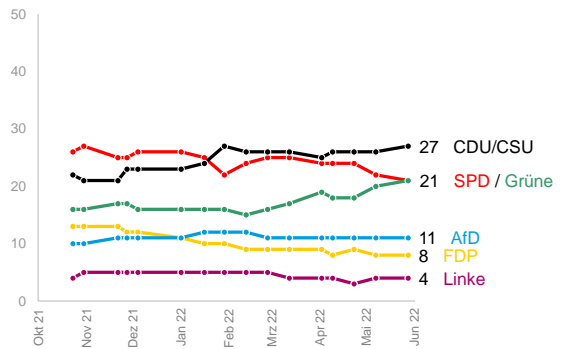
ARD-DeutschlandTREND Juni 2022  
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl  
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

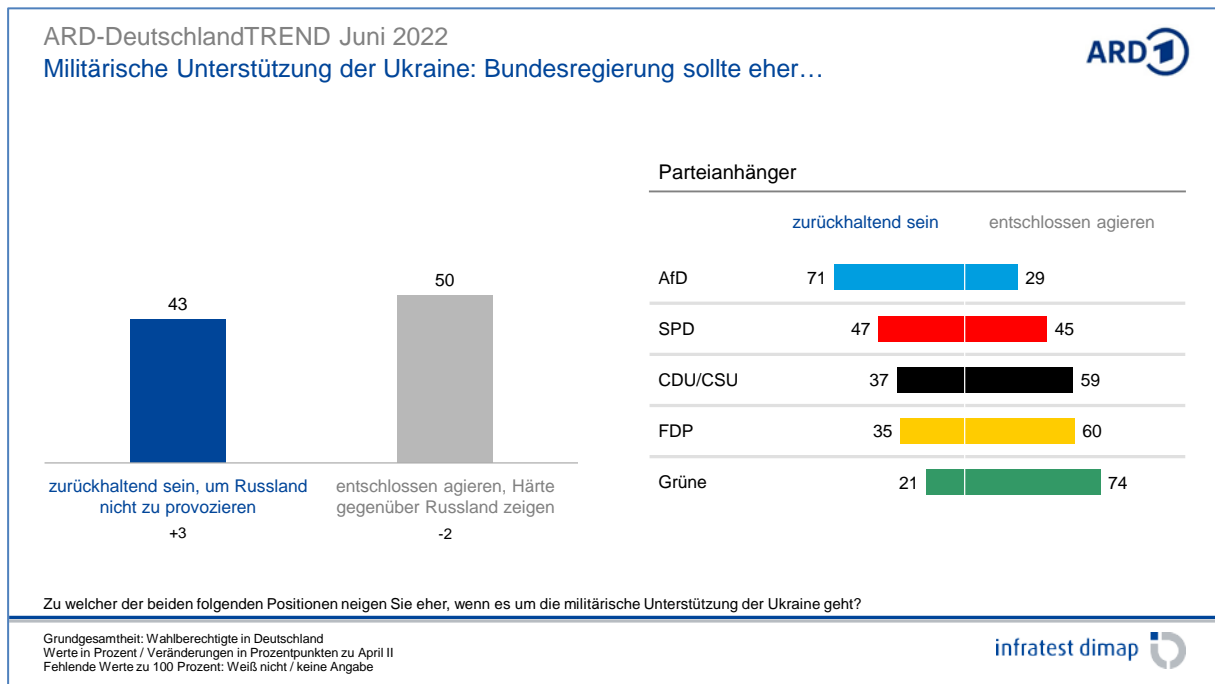
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland  
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

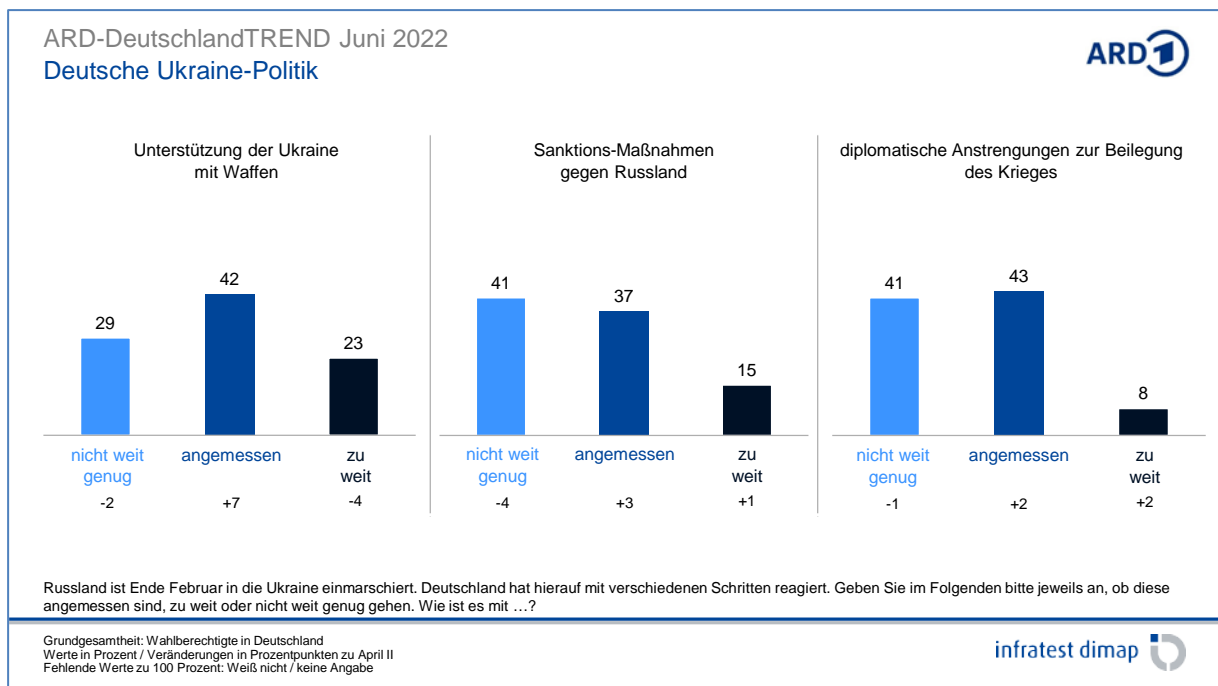
## Militär-Hilfen für die Ukraine: Meinungen gehen auseinander

Die Kämpfe in der Ukraine dauern seit nunmehr drei Monaten an. Der Druck auf die Bundesregierung aus dem Ausland, aber auch aus Teilen der deutschen Politik und Öffentlichkeit ist groß, angesichts fortlaufender Kampfhandlungen insbesondere bei Waffenlieferungen mehr zu tun als bislang. In der Bevölkerung gehen die Meinungen zur Ukraine-Politik allerdings weit auseinander. Die Hälfte (50 Prozent; -2 zu Ende April) ist der Ansicht, die Bundesregierung sollte bei der militärischen Unterstützung der Ukraine möglichst entschlossen agieren und Härte gegenüber Russland zeigen. 43 Prozent (+3) vertreten stattdessen die Meinung, Deutschland sollte eher zurückhaltend sein, um Russland nicht zu provozieren. Während die Mehrheit der Anhänger der Grünen (74 Prozent), aber auch der FDP (60 Prozent) und Union (59 Prozent) ein entschlosseneres Auftreten Deutschland unterstützt und in den AfD-Reihen ein zurückhaltendes Agieren (71 Prozent) favorisiert wird, sind die Anhänger der SPD in dieser Frage tief gespalten. Darüber hinaus bestehen massive Unterschiede zwischen West und Ost. Bei Entscheidungen über militärische Hilfen an die Ukraine halten zwar 53 Prozent der Westdeutschen Härte gegenüber Russland für angebracht, im Osten sind es jedoch lediglich 35 Prozent.



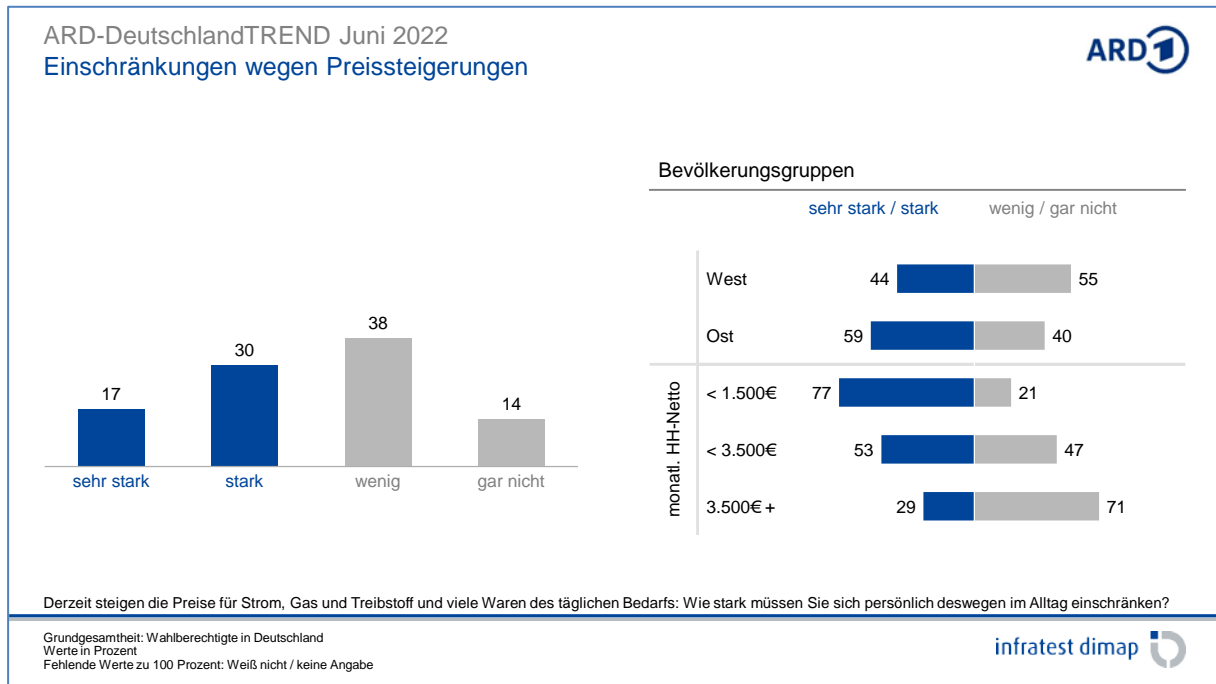
## Unterstützung vor allem für weitere Sanktionen und diplomatische Anstrengungen

Die bisherigen Waffenhilfen an die Ukraine halten vier von zehn Deutschen (42 Prozent) für angemessen. Drei von zehn (29 Prozent) kritisieren sie als nicht weitreichend genug, während die Waffenlieferungen jedem Vierten (23 Prozent) bereits zu weit gehen. Mehr Unterstützung findet in der Bevölkerung demgegenüber ein stärkeres deutsches Engagement sowohl in wirtschafts- wie außenpolitischer Hinsicht. So gehen für jeweils vier von zehn Bundesbürgern (jeweils 41 Prozent) einerseits die deutschen Sanktions-Maßnahmen gegenüber Russland, andererseits die diplomatischen Anstrengungen zur Beilegung des Ukraine-Krieges nicht weit genug.

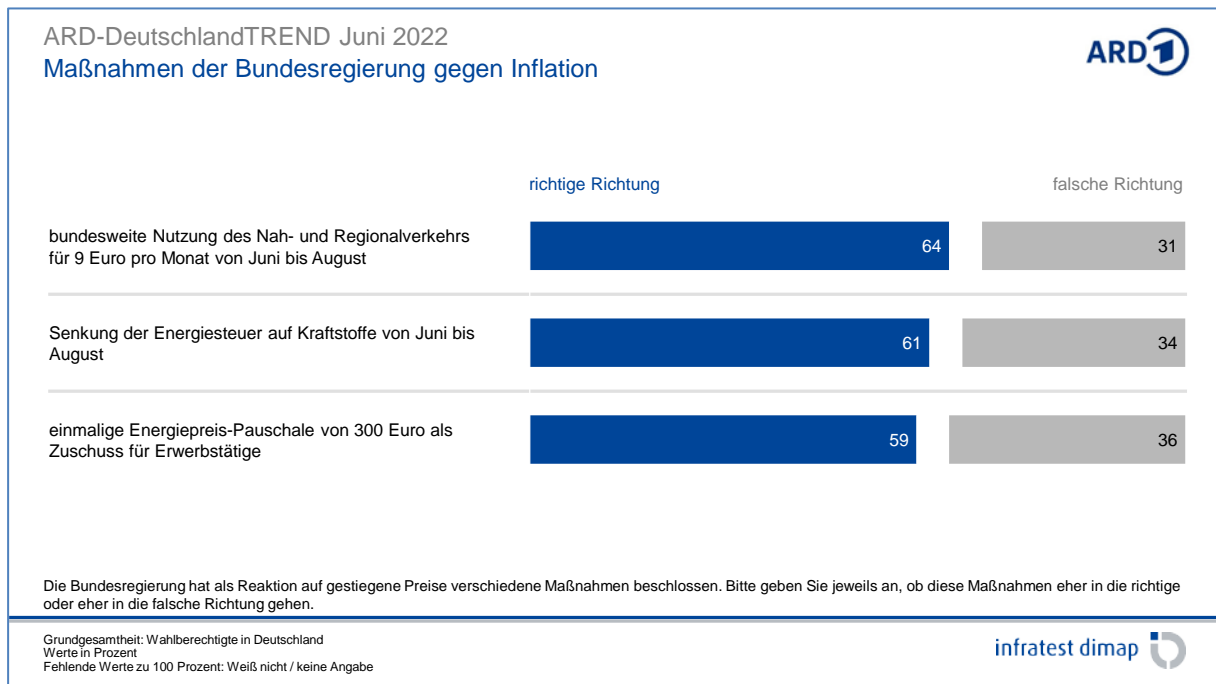


## Inflation: jeder Zweite schränkt sich im Alltag ein

Neben dem Ukraine-Krieg zählen die Deutschen die Preisentwicklung zu den aktuell größten Herausforderungen für die Bundespolitik. Mit 47 Prozent gibt fast die Hälfte der Deutschen an, sich wegen der Preisentwicklung mittlerweile im Alltag sehr stark oder stark einzuschränken zu müssen, darunter überdurchschnittlich viele Wahlberechtigte aus Haushalten mit geringem Einkommen (77 Prozent) sowie Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland (59 Prozent).

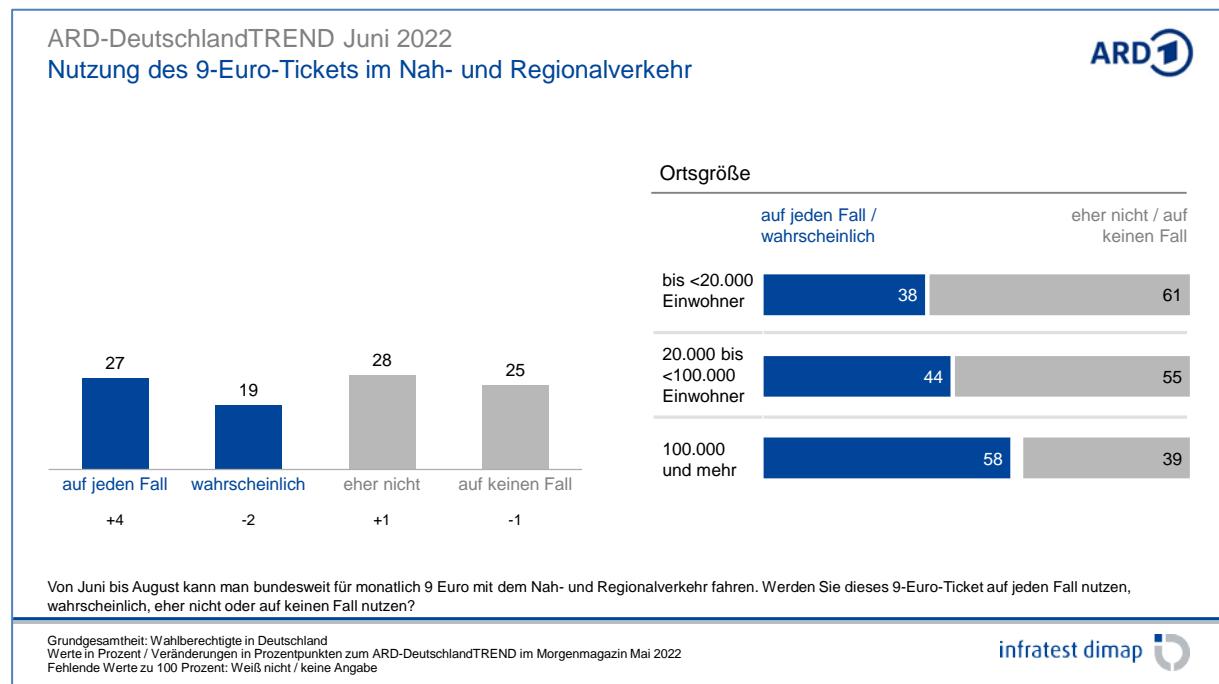


Entsprechend groß ist die bundesweite Unterstützung für aktuelle Entlastungsmaßnahmen: Jeweils sechs von zehn unterstützen die geplante Energiepreis-Pauschale von 300 € für Erwerbstätige (59 Prozent), die befristete Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe (61 Prozent) sowie die Einführung eines 9-Euro-Tickets für die Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs in den kommenden drei Monaten (64 Prozent).



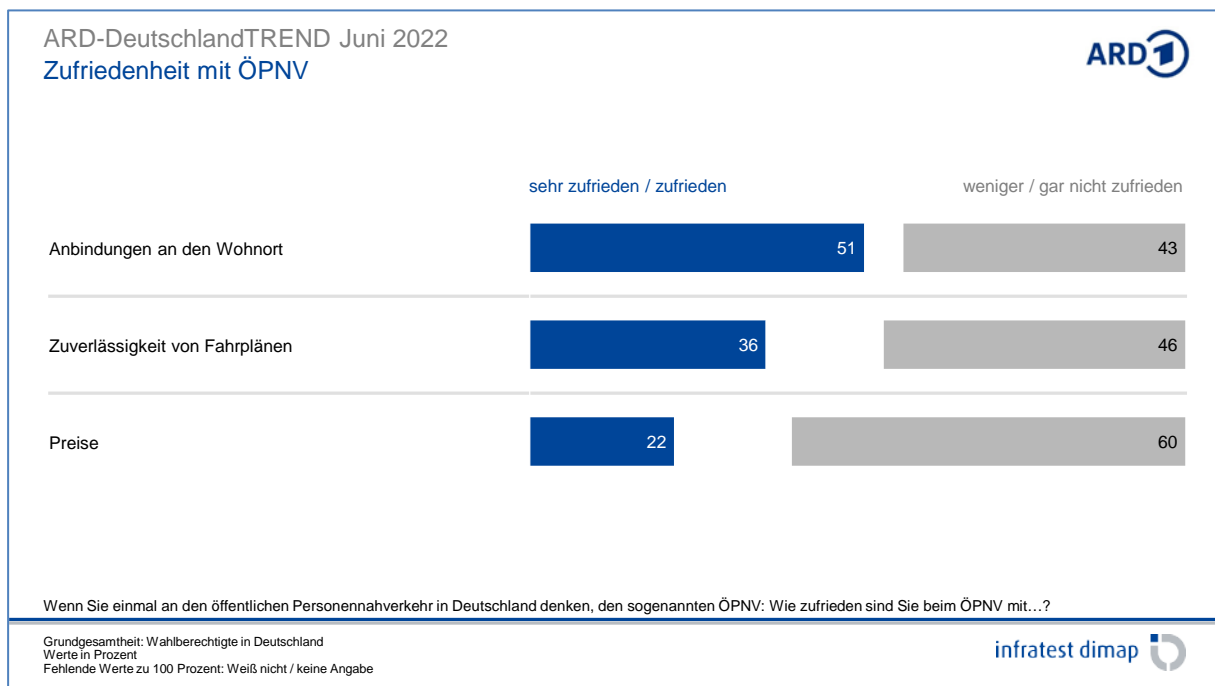
## Großes Interesse am 9-Euro-Ticket

Das Interesse am 9-Euro-Ticket für den Nah- und Regionalverkehr ist groß: Gut ein Viertel der Bundesbürger (27 Prozent) will das Ticket auf jeden Fall nutzen, ein Fünftel (19 Prozent) wahrscheinlich. Ein hohes Interesse an dem Angebot besteht vor allem bei Jüngeren im Alter bis 34 Jahre (62 Prozent) sowie in den deutschen Großstädten (58 Prozent). Auch jeder fünfte Auto-Besitzer (22 Prozent) will sich das Ticket auf jeden Fall sichern, weitere 20 Prozent von ihnen halten den Kauf zumindest für wahrscheinlich. Zudem kann sich jeder vierte Auto-Besitzer (23 Prozent) vorstellen, mit dem möglichen Erwerb des 9-Euro-Tickets in den kommenden Monaten das eigene Auto auch seltener zu nutzen.



## ÖPNV: Kritik vor allem an den Preisen

Den ÖPNV preislich attraktiver zu machen, könnte dem Nahverkehr in Deutschland auch langfristig Nutzer zuführen. So sorgen beim ÖPNV insbesondere die bestehenden Preise für Unmut (60:22 Prozent). Aber auch bei der Zuverlässigkeit von Fahrplänen (46:36 Prozent) überwiegen die negativen Stimmen. Die Anbindung des eigenen Wohnorts am Nahverkehr ruft demgegenüber weniger Kritik hervor: Die Hälfte ist zufrieden (51 Prozent), 43 Prozent sind unzufrieden. Im ländlichen Raum, wo eine grundsätzlich kritischere Sicht auf den ÖPNV besteht, wird allerdings auch die Streckenanbindung mehrheitlich negativ bewertet (33:60 Prozent).



## ARD-DeutschlandTREND Juni 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

### Studieninformation

---

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteur WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.337 Befragte (874 Telefoninterviews und 463 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rück Erinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. Mai bis 01. Juni 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0